

ENTWURF (Stand

18.12.2018)

Strategiepapier des „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“

Austausch fördern – Menschen überzeugen – Akzente setzen

Nachhaltige Entwicklung im Land Brandenburg mitgestalten

Adressaten dieses Strategiepapiers sind die Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene sowie die Öffentlichkeit. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, dass 2019 in Brandenburg in die Diskussionen und Positionsbestimmungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag die landesspezifischen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten einer nachhaltigen Entwicklung eingebracht werden.

I. Verantwortung erkennen und benennen

Den Round Table Entwicklungspolitik (RTEP) gibt es bereits seit Dezember 2010. Er ist ein gelungenes und im bundesweiten Vergleich vorbildhaftes Beispiel für gestalterische und gesellschaftlich verantwortliche Teilhabe im Rahmen moderner Landespolitik. Seine rund 40 Interessensvertreter*innen pflegen den Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen, dem Landtag, der Landesregierung, Kirchen, Hochschulen, der IHK Potsdam sowie weiteren Akteuren der brandenburgischen Entwicklungspolitik. Mit Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung am 1. Juni 2012 ist das Engagement des RTEP ausdrücklich gewürdigt und ihm seither zusätzliches Gewicht verliehen worden. Der RTEP hat sich zum Ziel gesetzt, im Dialog mit sämtlichen Stakeholdern auf die Umsetzung der Leitlinien zu achten und eine Weiterentwicklung der Leitlinien sicherzustellen.

Schon vor der Verabschiedung der 17 UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal, SDGs) 2015 hat sich die konsequente Einbindung in den Gesamtkontext der Nachhaltigen Entwicklung als ein Kernpunkt und integrativ

wirkendes Element in der Kooperation der Akteure erwiesen. Dieser übergreifende Zusammenhang bündelt Entwicklungspolitik, Umweltbewegung, Globalisierungsdebatten, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik in einen Nachhaltigkeitsansatz. Diesen gilt es noch intensiver als bisher in der brandenburgischen Politik sichtbar zu machen und dabei die Notwendigkeiten und Möglichkeiten selbstbewusst wahrgenommener Eigen- und Gesamtverantwortung herauszustellen und einzufordern.

II. Verantwortung wahrnehmen und gestalten

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung

- ◆ Die partizipativ entwickelten Leitlinien der Landesregierung sind im Ländervergleich von hoher Qualität. Nun sollten ihre nationale und internationale Anschlussfähigkeit nach Verabschiedung der SDGs und der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2017 durch entsprechende Aktualisierungen verbessert werden. Es bedarf noch großer und kontinuierlicher Anstrengungen aller Akteure, die Entwicklungspolitischen Leitlinien stärker in die Gesellschaft zu kommunizieren.
- ◆ Der RTEP 2018 hat bekräftigt, dass die strategische Abstimmung der brandenburgischen Entwicklungspolitik mit der Nachhaltigkeits- und der Internationalisierungsstrategie des Landes Priorität hat. Hier gibt es sichtbare Defizite, u. a. in den Bereichen Energie und Landwirtschaft. Von Seiten der brandenburgischen Wirtschaft wird z. B. die geringe Internationalisierungsquote als Schwachstelle identifiziert.
- ◆ Trotz der Fortschritte und Erfolge bei der Umsetzung der Leitlinien in den Verantwortungsbereichen der am RTEP beteiligten Ministerien muss weiter an der ressortübergreifenden Politikkohärenz in der Landesregierung insgesamt gearbeitet werden.
- ◆ Der RTEP hat in der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien die kommunale Entwicklungspolitik als einen der Kernpunkte der Kommunikation erkannt

und hierzu unterschiedliche Formate entwickelt. Das Problembewusstsein in den Kommunen und ihren Spitzenverbände muss deutlich geschärft werden.

- ◆ Besonders wichtig bei der Implementierung der Entwicklungspolitischen Leitlinien war die Einrichtung von Haushaltstiteln im Landeshaushalt. Entwicklungspolitische Akteure haben diese Mittel genutzt, um die Zielstellung der Leitlinien mit Leben zu füllen (siehe Anhang).

- ◆ Nach wie vor benötigen die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen eine verlässliche Finanzierung zur lang- und mittelfristigen Sicherung ihrer Arbeit. Mit dieser Unterstützung gewinnt die Landesregierung an Glaubwürdigkeit, die gesamtgesellschaftlichen Probleme in ihrer Komplexität zu erkennen und an deren Lösung partizipativ zu arbeiten.

III. Verantwortung ‚fair‘teilen und einfordern

Die Themen der Nachhaltigen Entwicklung sind im Zentrum der Gesellschaft angekommen: Energie, Klima, Ernährung, Armut, Weltwirtschaft, Reform des Weltfinanzsystem sind Schlüsselwörter in Bezug auf die internationalen Herausforderungen. Sie reklamieren eine entsprechende Relevanz auch in der brandenburgischen Landespolitik. Die Diskussionen und Positionsbestimmungen der politischen Parteien müssen dies in Brandenburg 2019 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, zu den Kommunalvertretungen sowie zum Landtag widerspiegeln.

Gerade in der nächsten Legislaturperiode ist die Übernahme dieser Mitverantwortung und die Weiterführung des Dialogs mit den unterschiedlichen Akteuren und der Öffentlichkeit für das Land Brandenburg entscheidend. Gestärkt werden müssen die umfassende Einbeziehung von unterschiedlichem Know-how, die Schaffung von Transparenz, der Anspruch auf Aktualität und nicht zuletzt die Mithilfe an einer dauerhaften Verankerung der Entwicklungs-, Nachhaltigkeits- und Europapolitik in einer von Veränderungswillen geprägten Landespolitik.

Der RTEP fordert von allen Seiten mehr Engagement und wird seinen eigenen Beitrag verstärken.

Die am RTEP vertretenen Nichtregierungsorganisationen und nichtstaatlichen Akteure erwarten von der zukünftigen Landesregierung, dass der beschriebene, erfolgreiche Prozess im Geiste der bisherigen Entwicklungspolitischen Leitlinien weitergeführt und gestärkt wird.

1. Wir wollen verstärkt in die Entwicklung einer politischen Vision für das Land Brandenburg einbezogen werden.
2. Wir wollen, dass das mit dem RTEP institutionalisierte Modell von Partizipation und demokratischer Teilhabe der Zivilgesellschaft von der Landesregierung gestärkt wird.
3. Wir erwarten die stärkere Verzahnung der Entwicklungspolitischen Leitlinien mit der Landesnachhaltigkeitsstrategie, dem Landesaktionsplan „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ und der Internationalisierungsstrategie und werden diese mitgestalten.
4. Wir erhöhen die Wirksamkeit unserer Arbeit durch eine weitere Vernetzung mit unterschiedlichen Akteursgruppen in Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und bilden Allianzen auch über den bisherigen entwicklungspolitischen Kontext hinaus.
5. Wir fordern, dass die finanziellen Einbindungen unserer Arbeit im Landeshaushalt gesichert und ausgebaut werden. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Landesregierung, dass erfolgreiche Formate weitergeführt werden können.
6. Wir erwarten, dass die in den „Eberswalder Thesen zur Nachhaltigen Entwicklung der Städte, Gemeinden und Ämter im Land Brandenburg“ formulierte Eigenverantwortlichkeit der Kommunen im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele umgesetzt wird.
7. Wir fordern, dass der in den Entwicklungspolitischen Leitlinien formulierte Kernge-

danke „*Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden*“ einen stärkeren Stellenwert in der Landes- und Kommunalpolitik bekommt.

Es bleibt eine besondere Herausforderung, den strategischen Ansatz der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung mit einer strategischen Kommunikation des RTEP zu versehen. Das erwarten wir auch von den Adressaten des Strategiepapiers.

Der RTEP bleibt der richtige Ort, die Vielfalt der Akteure und ihrer Ansätze in der Kommunikation aufzugreifen und Kohärenz zu schaffen.

Anhang:

Beispiele landesweiter entwicklungspolitischer Formate:

Es kann auf folgende, inzwischen erfolgreich etablierte Formate in Brandenburg verwiesen werden, deren Hauptakteure am RTEP vertreten sind. In der Regel werden die Vorhaben und Projekte der Zivilgesellschaft durch die Landesregierung und anderer öffentliche sowie private Geldgeber unterstützt und gefördert.

Die **Brandenburger Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT)** sind seit 2004 ein erfolgreiches Bildungsformat. Sie erreichen mittlerweile jährlich rund 3.000 Menschen, überwiegend durch schulische Projektstage. Ein umfangreiches Qualifizierungs- und Evaluierungssystem sichert die hohe Qualität der ca. 130 – 140 Einzelaktivitäten pro Jahr. Inzwischen sind über 50 % der eingesetzten Referent*innen Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung.

Bei der Umsetzung der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist mit dem neuen **Rahmenlehrplan Brandenburg** seit dem Schuljahr 2017 eine neue Qualität eingetreten. Er enthält den Themenkomplex „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ mit der Zielstellung, „Schülerinnen und Schüler lernen aktiv und verantwortungsbewusst, gemeinsam mit anderen an nachhaltigen Entwicklungsprozessen lokal und global teilzuhaben und Entscheidungen für die Zukunft zu treffen“. Dabei wird die Nutzung der Kompetenzen außerschulischer Anbieter, insbesondere von Nichtregierungsorganisationen (NGO), durch die Schulen angeregt.

Die Landesregierung fördert im **Programm „Jugend für Entwicklungszusammenarbeit“** den Nord-Süd-Jugendaustausch, welches mehreren Hundert jungen Menschen entsprechende Erfahrungen ermöglicht hat, die z. T. zu anhaltendem Engagement geführt haben. Bundesweit gibt es ein ähnliches Programm nur noch in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt etliche, z. T. langjährige Kontakte und Partnerschaften mit entwicklungspolitischen Bezügen von **Vereinen, Schulen und Kirchengemeinden** aus Brandenburg

mit ihren Pendants im Globalen Süden. Nicht zuletzt sind viele der UNESCO-Projektschulen und „Schulen ohne Rassismus“ daran beteiligt. Die Evangelische Landeskirche organisiert den Wettbewerb Faire Gemeinde.

In Brandenburg arbeiten seit 2015 sechs **Eine-Welt-Promotor*innen** bei fünf verschiedenen Trägern zu den Themen Migration und Diaspora, Fairer Handel, Zivilgesellschaft und Partizipation sowie Globales Lernen. 2019 kommen zwei weitere Mitarbeiter*innen dazu. Neben ihrer zivilgesellschaftlichen Verankerung ist auch die föderale Bund-Länder-Finanzierung eine besondere Stärke des Programms. Die landesseitige Kofinanzierung sichert ein speziell eingerichteter Haushaltstitel. Zusätzlich sind in Brandenburg drei Promotor*innen tätig, die in einem komplementären Programm des Kirchlichen Entwicklungsdienstes von BMZ und Brot für die Welt finanziert werden.

Die **kommunale Entwicklungspolitik** ist ein Schwerpunkt des RTEP. Für einige der Themen der Nachhaltiger Entwicklung kann in manchen Kommunen ein Zuwachs an Interesse sowie an eigenen Aktivitäten durch Kommunalpolitik und -verwaltung konstatiert werden. Neu ist seit 2016 ein kommunalpolitischer Dialog unter dem Titel „Baruther Schlossgespräche“, der in Zusammenarbeit der SKEW mit Brandenburg 21 e.V. und Landesministerien organisiert wird. Hingegen werden in anderen Bundesländern bereits etablierte Formate, wie Nord-Süd-Städtepartnerschaften oder Fair-Trade-Town, weiterhin zu wenig genutzt.

Seit 2015 haben viele Kommunen in Brandenburg teils große Anstrengungen unternommen, Geflüchtete aufzunehmen, eine angemessene Willkommenskultur zu schaffen und Rassismus entgegenzutreten. Die ersten beiden Regionalkonferenzen „Migration und Entwicklung“ 2016 und 2017 mit Beteiligung mehrerer Kommunen können hier eingeordnet werden. Es gab zudem eine Reihe von dezentralen Bürgerdialogen zu verschiedenen Aspekten der EU-Politik, insbesondere zu Flucht und Migration sowie der entwicklungspolitischen Kommunikationsarbeit. Sie wurden durch das zuständige Landesministerium organisiert, explizit als Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und zumeist mehreren Partnern aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen des RTEP sowie mit Unterstützung der jeweiligen Kommune.

Durch das Ende 2016 gegründete **Landesnetzwerk NeMiB e.V. (Netzwerk Migrantenorganisationen Brandenburg)** wird ein Fokus auf entwicklungspolitische Beteiligungsformate gelegt. Dabei werden die Themen Fluchtursachen, Partizipation vertieft, wodurch auch die Sichtbarkeit der migrantischen Selbstorganisationen erhöht wurde.

Der RTEP nimmt auch die **europäische Dimension von Entwicklungspolitik** in den Blick. Anlässlich des „Europäischen Jahres für Entwicklung 2015“ wurde in Brandenburg eine stärkere Zusammenarbeit von Akteuren aus dem europa- und entwicklungspolitischen Bereich sowie aus der Nachhaltigen Entwicklung etabliert. Der RTEP hatte dazu bereits 2014 ein Positionspapier verabschiedet. Die entsprechend thematisch ausgerichteten Veranstaltungen, Fachexkursionen und Fachgespräche – u. a. in Brüssel, ein Workshop mit polnischen NRO in Frankfurt (Oder), der Aktionstag im Rahmen der BMZ-Zukunftstour in Potsdam – waren durch einen integrativen Ansatz mit gemeinsamer Planung und Umsetzung mehrerer Akteure geprägt.

Im Rahmen des seit 2015 vom VENROB und der Außenstelle Berlin/Brandenburg von Engagement Global gGmbH durchgeführten **Beratungsprogramms „Globale Entwicklung: Zivilgesellschaft im Dialog“** sind die entwicklungspolitische Bildungsarbeit gestärkt und die strukturelle Verankerung von Initiativen und NRO gefördert worden. Diese können mit Hilfe gezielter, individuell auf den Bedarf abgestimmter Beratung durch eine vermittelte Expertin in ihrer Organisations- und Projektentwicklung unterstützt werden. Das Ziel dieser Initiative ist, dass trotz teils schwieriger Bedingungen die meist ausschließlich ehrenamtlich tätigen Akteure in den Vereinen befähigt werden, ihren Aktionsradius auszudehnen und ihr Engagement zu qualifizieren und zu verstetigen.

Die von VENROB e.V. und WeltTrends e.V. seit 2010 herausgegebene **Schriftenreihe „Forum Entwicklungspolitik Brandenburg“** informiert mit einer jährlichen Publikation über aktuelle Herausforderungen, Positionen, politische und rechtliche Rahmen und Dokumente. Engagierte Akteure und gute Praxisbeispiele in und für Brandenburg werden vorgestellt. Zwei Sonderhefte dokumentieren die Bürger- und Fachdialoge zu EU-Politik, Flucht und Migration 2016 sowie die bundesweite Fachkonferenz 2018 zu entwicklungspolitischer Kommunikation. Die Schriftenreihe wird durch die Landesregierung gefördert.